



Äußerungen des Journalisten Stehle zur Passierscheinfrage

4. März 1964

Einzelinformation Nr. 191/64 über Äußerungen des westdeutschen Journalisten Stehle zur Passierscheinfrage

Quelle

BStU, MfS, ZAIG 837, Bl. 28–30 (4. Expl.).

Serie

Informationen.

Verteiler

Stoph – MfS: Wolf (HV A VII), Ablage.

Vermerk

Unter dem Titel: »Quelle: HA V«.

Der bekannte westdeutsche Journalist Stehle¹ äußerte nach dem Gespräch zwischen *Wendt*² und *Korber*³ am 27.2.[1964] einer zuverlässigen Quelle⁴ gegenüber, in den Kreisen um Brandt⁵ und Bahr⁶ sei damit gerechnet worden, dass die DDR in diesem Gespräch »mehr Entgegenkommen« zeigen würde.⁷ Als Anzeichen dafür habe man die Andeutungen in der »Berliner Zeitung« vom 26.2.⁸ gewertet, dass Westberliner Beamte auf Weisung der DDR tätig werden könnten. Über andere noch strittige Punkte hätte die Westberliner Seite mit sich reden lassen. Nach Auffassung des Senats müsse die DDR selbst einschätzen können, was ein weiteres Abkommen⁹ »zur Aufbesserung ihrer Popularität« ihr selbst wert sei.

Zu den Ursachen des vorläufigen Scheiterns der Verhandlungen erklärte Stehle, ein wichtiger Grund sei das Festhalten der Bonner Regierung an dem sogenannten Memorandum¹⁰ Schröders,¹¹ über das in einer anderen Information bereits berichtet wurde und in dem sowohl auf die Bonner Schwierigkeiten mit der Erhaltung der Hallstein-Doktrin¹² als auch auf einen angeblich verstärkten »Druck« der Sowjetunion und anderer sozialistischer Staaten auf die DDR hingewiesen worden sei. Schröders Aktivität sei aus den sich verschärfenden parteipolitischen Auseinandersetzungen zwischen CDU und SPD zu erklären. Schließlich sei das Eingreifen Schröders auf den Druck des rechten CDU-Flügels zurückzuführen. Der bevorstehende Wahlkampf spiele dabei eine Rolle.

Eine Meinungsumfrage des Instituts für Demoskopie in Allensbach¹³ habe ergeben, dass die Popularität der SPD und vor allem Brandts in starkem Maße gestiegen sei und dass ca. 90 % der Befragten das Zustandekommen des Abkommens vom 17.12.1963 Brandt zuschreiben, der sich gegen den Widerstand der Bonner Regierung durchgesetzt habe. Die Verminderung des Ansehens von Erhard¹⁴ werde vom rechten CDU-Flügel als Alarmsignal für den kommenden Wahlkampf betrachtet. Zusätzlich kompliziere sich die Lage der Bonner Regierung durch Konjunkturschwierigkeiten und außenpolitischen Schwierigkeiten beispielsweise mit Frankreich. Darin seien weitere Gründe der unnachgiebigen Haltung der Bonner Regierung in der Passierscheinfrage zu sehen.

Die Bonner Regierung rechne damit, dass ihre Haltung die DDR noch vor Ostern zum Nachgeben bzw. zur Vorlegung eines neuen Verhandlungsangebots zwingen wird. Sie stütze sich dabei auf die Annahme angeblich verstärkter »Differenzen im sozialistischen Lager« besonders zwischen der DDR und der ČSSR sowie im Zusammenhang mit den Verhandlungen über einen Handelsvertrag zwischen der Bundesrepublik und Bulgarien.¹⁵ Sie führe diese »Differenzen« auf das »Ergebnis einer aktiven Bonner Ostpolitik« zurück. Stehle äußerte dazu, Mende¹⁶ habe ihm erklärt, man müsse allen sozialistischen Ländern klarmachen, dass die DDR die »traurigste Baracke« im sozialistischen Lager sei.

Auch im Westen sei jedem klar, dass die Frage der Tätigkeit von Postangestellten der DDR¹⁷ in Westberlin nur als Vorwand künstlich hochgespielt wurde. Stehle verwies in diesem Zusammenhang auf die Tätigkeit der Reichsbahnangestellten in Westberlin. In Wirklichkeit gehe es der Bonner CDU um eine Korrektur des Kompromisses, der mit dem Weihnachtsabkommen eingegangen wurde.

Brandt habe sich dem Druck der Bonner Regierung gebeugt, weil ihm zu verstehen gegeben worden sei, dass sich Westberlin mit einem neuen Passierscheinabkommen weiter von dem »wirtschaftlichen und politischen Schutz« Westdeutschlands entfernen würde. Brandts Haltung lasse jedoch erkennen, dass er jede Gelegenheit benutze, um die unterschiedlichen Auffassungen zwischen der CDU und dem Westberliner Senat öffentlich zu unterstreichen.

Stehle teilte noch mit, dass Senatsrat Korber stark zuckerkrank sei und am 29.2.[1964] eine Kur angetreten habe. Auch Brandt und Bahr hätten gemeinsame Urlaubspläne.

Diese Information darf im Interesse der Sicherheit der Quelle ¹⁸ publizistisch nicht ausgewertet werden.

1

Hansjakob Stehle, Jg. 1927, Journalist, 1958–63 für die »Frankfurter Allgemeine Zeitung« als erster Korrespondent aus der Bundesrepublik in Polen, 1964–2008 Mitarbeiter der Wochenzeitung »Die Zeit« in Hamburg.

2

Erich Wendt, Jg. 1902, Partei- und Staatsfunktionär, 1922 KPD, 1947 SED, 1957–65 stellv. Minister für Kultur, führte von 1963 bis 1965 für die DDR-Seite die Verhandlungen mit dem Senat über das Passierscheinabkommen.

3

Horst Korber, Jg. 1927, wurde 1963 Senatsrat in der Senatskanzlei und war von Westberliner Seite aus Unterhändler für das Passierscheinabkommen mit Ostberlin.

4

Dabei handelt es sich um GI »Gerhard« Hans-Joachim Seidowsky. Vgl. Vermerk betr. Unterredung mit »Jakob« am 28.2.1964; BStU, MfS, AIM 3654/71, T. II, Bd. 8, Bl. 91 f.

5

Willy Brandt, Jg. 1913, SPD-Politiker, 1957–66 Regierender Bürgermeister von Westberlin, 1966–69 Bundesaußenminister, 1969–72 Bundeskanzler, 1964–87 Vorsitzender der SPD.

6

Egon Bahr, Jg. 1922, Journalist, SPD-Politiker, 1950–60 Chefkomentator des RIAS, 1960–66 Leiter des Presse- und Informationsamtes des Berliner Senats.

7

Zur Vermittlerrolle Stehles vgl. Münkler, Daniela: Kampagnen, Spione, geheime Kanäle. Die Stasi und Willy Brandt. Berlin ²2015 (BF informiert; 32), S. 37 f.; Kunze, Gerhard: Grenzerfahrungen. Kontakte und Verhandlungen zwischen dem Land Berlin und der DDR 1949–1989. Berlin 1999 (Studien des Forschungsverbundes SED-Staat an der Freien Universität Berlin), S. 84–91, 128.

8

In seinem Kommentar »Die merkwürdigen ›Postsäcke‹ des Herrn Erhard« in der Berliner Zeitung v. 26.2.1964 schrieb ein gewisser G. R. Hardtke (i. e. der außenpolitische Berater Ulbrichts Gerhard Kegel): »Passierscheine können also nur von Beauftragten der DDR entgegengenommen werden [...] Theoretisch ist es wohl möglich, mit solchen Funktionen auch Personen zu beauftragen, die nicht Staatsbürger der DDR sind. Aber auf jeden Fall könnten diese Personen [...] nur als Agenten des Auftraggebers, [...] also der Regierung der DDR tätig werden.«

9

Zwischen der Regierung der DDR und dem Senat von Westberlin wurde erstmals am 17.12.1963 eine Vereinbarung über die Ausgabe von Passierscheinen für Bürgerinnen und Bürger mit dem ständigen Wohnsitz in Westberlin für den Besuch des Ostsektors der Stadt für den Zeitraum vom 19.12.1963 bis zum 5.1.1964 getroffen. Allerdings erlaubte das Passierscheinabkommen ihnen zwar den Besuch im Osten, den Ostberlinerinnen und Ostberlinern blieb der Weg nach Westen aber auch weiterhin versperrt. Vgl. Alisch, Steffen: Berlin ↔ Berlin. Die Verhandlungen zwischen Beauftragten des Berliner Senats und Vertretern der DDR-Regierung zu Reise- und humanitären Fragen 1961–1972. Berlin 2000 (Arbeitspapiere des Forschungsverbundes SED-Staat; 31/2000); Huhn, Eckart: Die Passierscheinvereinbarungen des Berliner Senats mit der Regierung der DDR 1963 bis 1966. Deutsch-Deutsche Verhandlungen zur Überwindung der politischen Sprachlosigkeit und der Milderung menschlicher Härten als Folge des Mauerbaus. Ludwigsfelde 2011; Kunze, Gerhard: Grenzerfahrungen. Kontakte und Verhandlungen zwischen dem Land Berlin und der DDR 1949–1989. Berlin 1999 (Studien des Forschungsverbundes SED-Staat an der Freien Universität Berlin).

10

Gemeint sind wahrscheinlich Positionen des Auswärtigen Amtes, wie sie sich in verschiedenen Gesprächsnotizen niederschlagen: Z. B. Aufzeichnungen des Staatssekretärs Carstens, 2.1.1964. In: AAPD, 1964. München 1995, S. 3–7; vgl. Kunze, Gerhard: Grenzerfahrungen. Kontakte und Verhandlungen zwischen dem Land Berlin und der DDR 1949–1989. Berlin 1999 (Studien des Forschungsverbundes SED-

Staat an der Freien Universität Berlin), S. 137.

11

Gerhard Schröder, Jg. 1910, CDU-Politiker, 1961–66 Bundesaußenminister.

12

Nach Staatssekretär im Auswärtigen Amt Walter Hallstein benannte außenpolitische Grundlinie der Bundesrepublik, die die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur DDR als unfreundlichen Akt ansah und faktisch in den Jahren ihrer Gültigkeit mit dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu dem jeweiligen Land geahndet werden sollte.

13

Im Original: »Allensbach«. Institut für Demoskopie Allensbach – Gesellschaft zum Studium der öffentlichen Meinung mbH; 1947 von Elisabeth Noelle-Neumann und Erich Peter Neumann gegründetes Meinungsforschungsinstitut.

14

Ludwig Erhard, Jg. 1897, Politiker, für die CDU 1949–63 Bundesminister für Wirtschaft, 1963–66 Bundeskanzler, 1966–67 CDU-Vorsitzender.

15

Wie schon im Handelsvertrag mit Ungarn konnte dessen Gültigkeit auch für Westberlin durch die Definition des Währungsgebietes der D-Mark erreicht werden, was für Verärgerung in Ostberlin sorgte. Vgl. AAPD. 1964. München 1995, S. 61 f. Vgl. Information 239/64.

16

Erich Mende, Jg. 1916, Politiker, FDP (ab 1970: CDU), 1963–66 Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen.

17

Mittelbar geht aus Information [40/64](#) hervor, dass es sich bei den Ostberliner Postangestellten zwar durchweg um vom MfS sorgfältig auf ihre Zuverlässigkeit und Kooperationsbereitschaft überprüfte Personen, aber nur z. T. um MfS-Mitarbeiter handelte.

18

Dabei handelt es sich um GI »Gerhard« Hans-Joachim Seidowsky.